

"Die Welt blickt nach Berlin" in Luxemburger Wort (24. März 1999)

Quelle: Luxemburger Wort. 24.03.1999. Luxembourg.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"die_welt_blickt_nach_berlin"_in_luxemburger_wort_24_marz_1999-de-72e0c3bb-4d51-440f-b481-2ae366087977.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Die Welt blickt nach Berlin

„Ihr Völker der Welt, schaut auf diese Stadt“. Mit diesem flammenden Appell richtete sich der damalige Berliner Bürgermeister Ernst Reuter an den Westen, um Unterstützung für die von Stalin abgeriegelte Stadt zu erbitten. Es folgte die berühmte Luftbrücke von 1948. Das ist Geschichte. Der Kalte Krieg ist vorbei. Doch gerade deshalb hätte man den Tagungsort für die Staats- und Regierungschefs nicht besser wählen können: Berlin. Die 4,5 Millionen-Stadt liegt nur 80 km von der polnischen Grenze entfernt. Damit ruft die deutsche EU-Präsidentschaft, die den Tagungsort von Brüssel in die neue Bundeshauptstadt verlegt hat, lebendig in Erinnerung, worum es geht: die Weichenstellung in der Finanz-, Struktur- und Agrarpolitik, und zwar mit Blick auf die bevorstehende Osterweiterung der Gemeinschaft. Schon in wenigen Jahren werden Polen, Ungarn, Tschechien und andere dazugehören.

Die Aufgaben in Berlin sind alles andere als leicht. Entgegen manchen Unkenrufen wird der Rücktritt der Santer-Kommission keine Auswirkungen auf die Verhandlungen haben. Noch sitzt Jacques Santer mit am Tisch, und er wird Kompromisse vorschlagen, wenn die Großen aufeinanderprallen. In der Tat hängt alles von der Kompromißbereitschaft der großen Länder ab: Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Spanien. Nur Italien scheint aus diesem Kreis auszuscheren, aber ändern kann sich das jederzeit.

Die deutsche Regierung kämpft in Berlin sozusagen in Handschellen, denn als Präsidentschaft muß sie den Vermittler spielen und Eigeninteressen zurücknehmen. Eine undankbare Rolle, gerade weil viele Bundesbürger im Zuge der von ihrer Regierung selbst entfachten Nettozahlerdebatte erwarten, daß der deutsche Beitrag zum EU-Haushalt erheblich gesenkt wird. Tabus gibt es nicht, das hat Premier Jean-Claude Juncker gestern in einem Interview mit dieser Zeitung sogar hinsichtlich des britischen Beitragsrabatts klargestellt. Tony Blair erhält auch in diesem Jahr einen Scheck in Höhe von drei Milliarden Pfund. Die Briten argumentieren, daß ihre Landwirte, zum größten Teil Agrarfabrikanten, zu wenig aus dem Agrarhaushalt erhielten, und wollen nicht klein beigeben, solange Frankreich mehr bekommt. Man darf gespannt sein, ob Blair einen Einstieg in den Ausstieg zulassen wird.

Bauernfreund Jacques Chirac und Premierminister Lionel Jospin sind angereist, um den Besitzstand ihrer Landwirte zu verteidigen und möglicherweise zu erhöhen. Gleichzeitig sind sie auf Sparkurs. Wie das zu vereinbaren sein soll, ist schleierhaft. Die Kofinanzierung, Zahlung von wenigstens 25% der Direktbeihilfen durch die Einzelstaaten, haben sie bereits vom Tisch gefegt. Das hätte nicht nur Länder wie Luxemburg entlastet, sondern wäre wirklich ein Schritt zu mehr Beitragsgerechtigkeit gewesen, die von Paris verbal unterstützt wird. Lippenbekenntnisse. Paris hätte tief in die eigenen Töpfe greifen müssen. Aus französischer Sicht eine Zumutung.

Der Spanier José Maria Aznar kämpft an der Spitze der strukturschwächeren Staaten für die Regionalhilfen. Dabei geht es um rund 200 Milliarden Euro für den Zeitraum 2000 bis 2006. Außerdem soll der Kohäsionsfonds verlängert werden, der zusätzliche 20 Milliarden Euro in die bisherigen Armenhäuser Europas pumpen soll, obwohl deren Bewohner längst nicht mehr so arm sind. Hier geht es um Übergangsregelungen, also ebenfalls den Einstieg in den Ausstieg. Mitgliedstaaten wie Luxemburg müssen aufpassen, daß ihre von Umstrukturierung betroffenen Gebiete nicht ganz aus der Förderung herausfallen. Das ist nicht nur für die Akzeptanz der EU bei der Bevölkerung wichtig.

Kann der Brüsseler Agrarkompromiß bereits abgehakt werden? Zweifellos wird das Paket wieder aufgeschnürt und sei es nur, um wenig später wieder zusammengebunden zu werden. Der Kompromiß scheint die unterschiedlichen Interessen der Staaten sorgfältig ausgelotet zu haben. Das hat dazu geführt, daß keiner so richtig zufrieden ist. Doch die Agrardecke ist begrenzt: 40,5 Milliarden Euro sollen nach dem Willen der meisten Regierungen ausgegeben werden und nicht mehr.

Insgesamt geht es in Berlin um die Verteilung von mindestens 600 Milliarden Euro. Das läßt harte und lange Verhandlungen erwarten. Das Gefeilsche um die beiden Delors-Pakete ist noch in ungueter Erinnerung. Der Rücktritt der Kommission müßte eigentlich auch bei den größten Krämerseelen die Einsicht geweckt haben, daß sich Europa einen weiteren Imageverlust durch eine Verschiebung der Agenda 2000 nicht leisten kann. Die Finanzmärkte liegen auf der Lauer. Auch sie schauen auf Berlin.

All das könnte am Mittwoch und Donnerstag in den Hintergrund treten: dann nämlich wenn die Nato endlich im Kosovo handelt.

GeWe